

Vorwort

Die Dichte der europäischen Integration hat heute ein Niveau erreicht, das die Frage nach der Finalität des europäischen Integrationsprozesses aufwirft. Die Europäische Union ist nicht mehr ein eher bedeutungsloses Ornament der Politik, sondern sie ist durch Verflechtung und Kompetenzübertragung zum Kern politischer Machtarchitektur auf dem europäischen Kontinent geworden. Bis heute ist die EU auch ein beispielloses Modell regionaler Integration. Das Skript dazu wurde mit den Römischen Verträgen geschrieben, deren Unterzeichnung sich am 25. März 1957 zum 50. Mal jährt. Dieses große Vertragswerk zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft bot den Grundriss für die Architektur des neuen, integrierten Europa. Nach Jahrhunderten leidvoller Erfahrung kriegerischer Gegnerschaften hatten die Völker des Kontinents gleichsam den inneren Hebel komplett umgelegt. Die Bildung einer europäischen Gemeinschaft wurde zur bewegenden Grundidee der Nachkriegszeit. Zwei große Vitalquellen lieferten ungeahnte Kraftreserven für diese historische Revolution: die Hoffnung auf Sicherheit gegen die große Bedrohung aus dem Osten und die Erwartung wirtschaftlicher Wohlfahrt durch den Gemeinsamen Markt. Beide Vorstellungen ließen sich realisieren. Europa wurde zu einem Modell für Sicherheit und Prosperität mit weltweiter Ausstrahlung.

Die Zeiten sind jedoch vorbei, in denen Europa vom Wunder der Integration geradezu verzaubert war. Die Ziele der Gründerzeit sind erreicht. Das hohe Niveau der Vergemeinschaftung ließ schließlich den Wunsch nach institutioneller Zuverlässigkeit übermächtig werden. Nach der Ablehnung der Europäischen Verfassung in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat sich Europa jedoch eine „Denkpause“ gegönnt, eine öffentliche Verständigung auf eine gemeinsame Zukunftsstrategie hingegen verschoben. Europa sieht sich mit der Fortführung des Erfolgsmodells und der zwingend notwendigen Suche nach Auswegen aus der Verfassungskrise konfrontiert. Es sind diese beiden großen Themen – das Europa der Resultate und das Ringen um eine strategische Perspektive –, die die beiden großen Themen des Jahrbuchs vorgeben.

Im Angesicht der Akzeptanz- und Legitimitätskrise der Union kann eine Rückbesinnung auf die Ursprünge des Integrationsprozesses helfen, um Wege aus der aktuellen Verfassungskrise zu skizzieren. Unter dem Motto „Zukunft braucht Herkunft“ resümiert Heinrich Schneider im Gastbeitrag der *Bilanz 50 Jahre Römische Verträge*.

Auch im Kapitel zu den *Institutionen der Europäischen Union* wird der Reformdruck deutlich, der auf der alltäglichen Arbeit der EU-Organe liegt. Eine Reform des Institutionengefüges und die Weiterentwicklung der Entscheidungs- und Abstimmungsverfahren sind auch für den Fall eines letztendlichen Scheiterns des Verfassungsvertrags nötig, könnten sich aber an seinen wesentlichen Kernelementen orientieren, um die Handlungsfähigkeit der Institutionen zu sichern.

Bereits ein Blick in das Kapitel zur *Innenpolitik der Europäischen Union* zeigt die Breite und Dichte der auf europäischer Ebene angesiedelten Kompetenzen. Die Römischen Verträge boten nicht nur einen Orientierungsrahmen – sie gaben auch eine dynamische Zielperspektive vor. Der Gemeinsame Markt sollte zunächst die Grundlage bieten, eine Politische Union dann die Vollendung. Die Kompetenzen der EU reichen heute vom Agrarmarkt und der Regional- und Infrastrukturpolitik über die Wirtschafts- und Währungspolitik bis hin zur

Kultur- und Bildungspolitik. Es sind nur noch die Systeme der sozialen Sicherung und die Schulpolitik, die ausschließliche Zuständigkeiten der Mitglieder bilden, während alle anderen Bereiche entweder ganz auf europäischer Ebene wahrgenommen werden oder den Mischkompetenzen von europäischer und nationaler Zuständigkeit zuzuordnen sind.

Die Logik des Funktionalismus ist aufgegangen: Jede integrierte Funktion hat weitere Integrationschritte nach sich gezogen. Inzwischen hat dieser Prozess sogar längst die lange tabuisierte Außen- und Sicherheitspolitik erreicht. Wie umfangreich das Wirken der Europäischen Union – sei es auf diplomatischem, politischem, wirtschaftlichem und inzwischen sogar auch auf polizeilichem und militärischem Gebiet – auch gegenüber Dritten ist, offenbart sich im Kapitel zur *Außenpolitik der Europäischen Union*.

Trotz der Regelungsdichte zeigt sich, Europa ist noch immer kein selbstverständlicher Bestandteil des politischen Alltags nationaler, geschweige denn transnationaler Öffentlichkeiten. In den Beiträgen zu den Europäischen Parteien, zum Lobbying und der Interessenvertretung sowie der öffentlichen Meinung im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* zeigt sich die Vielfalt, aber auch die Ambivalenz europäischer Politik.

Die Vision eines vereinigten, großen Europa wurde Wirklichkeit. Historisch versunken geglaubte Kulturräume tauchten wieder auf der europäischen Landkarte auf, die Spuren des Habsburgerreichs ebenso wie die des Zarenreichs und des osmanischen Imperiums. Die Orthodoxie, der Islam, der römische Katholizismus und der Protestantismus mussten in nunmehr freien Gesellschaften zu einer neuen Koexistenz finden. Das Kapitel zur *Europapolitik in den Mitgliedstaaten* zählt heute 25 Mitgliedstaaten – und es werden weitere folgen. Damit hat dieser große kulturhistorische Wandlungsprozess eben erst begonnen.

Im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union* zeigt sich, dass der Erweiterungsprozess längst nicht vollendet ist. Die Beitrittsvorbereitungen mit Bulgarien und Rumänien sind nahezu abgeschlossen. Mit Kroatien und Mazedonien wurde zunächst zwei Ländern des Westlichen Balkans offiziell der Beitrittskandidatenstatus zugestanden. Es ist jedoch der Beschluss zur Türkei – seit Oktober 2005 laufen die Beitrittsverhandlungen –, der einen großen Erweiterungsprozess eröffnet, dessen Ende heute rational nicht definiert werden kann. Es ist nicht mehr realistisch davon auszugehen, die Türkei sei das letzte Land, das legitimerweise seinen Eintritt in die Union fordert.

Das Kapitel zur *Europapolitik in anderen Organisationen* informiert über die Arbeit des Europarats, das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen sowie das Verhältnis von Nato und EU.

Eine Chronologie, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie im *Anhang* runden den Band ab.

Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Für die sachkundig Redaktion danken wir Christine Schmid und Isabelle Tannous herzlich.